

Stand: 28.04.2026 13:30:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7289

"Kommunen endlich unterstützen - zusätzliche Milliarden weitergeben - Nachtragshaushalt jetzt"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7289 vom 01.07.2025
2. Beschluss des Plenums 19/7345 vom 02.07.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 02.07.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kommunen endlich unterstützen – zusätzliche Milliarden weitergeben – Nachtragshaushalt jetzt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schnellstmöglich einen Entwurf für einen zweiten Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 vorzulegen.

Darin soll insbesondere eine deutliche Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs vorgesehen werden

- für die Schlüsselmasse zur Verbesserung der Investitionsfähigkeit,
- für Kinderbetreuungsplätze,
- für Schulsanierungen,
- für Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen,
- für die Bezirke für ihre Aufgaben in den Bereichen Soziales, Teilhabe, Jugendarbeit, Gesundheit, Kultur, Bildungswesen und Umwelt,
- für die Sanierung kommunaler Schwimmbäder,
- für Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung.

Begründung:

Der Bund hilft den Kommunen: Die durch die geplanten Steuererleichterungen entstehenden Einnahmeausfälle für die Städte und Gemeinden sollen über höhere Umsatzsteueranteile für die kommunale Ebene in voller Höhe ausgeglichen werden. Der Bund handelt damit kommunalfreundlich.

Auf Landesebene sieht es nach wie vor anders aus:

Die bayerischen Kommunen mussten im ersten Quartal 2025 ein Rekorddefizit in Höhe von 4 Mrd. Euro verbuchen. Und die angekündigte Verzögerung der Vorlage des Doppelhaushalts 2026/2027 bringt die Kommunen weiter in Not.

Gleichzeitig steigen auf Landesebene die Rücklage und die Steuereinnahmen:

Ende 2023 waren laut Haushaltsrechnung 10 Mrd. Euro in der Haushaltsrücklage des Freistaates. Dem Haushaltsvollzugsbericht 2024 ist zu entnehmen, dass für das Jahr 2024 ein insgesamt „positives Ergebnis erwartet“ wird. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass auch Ende 2024 noch mindestens 10 Mrd. Euro in der Rücklage waren.

Der Presse war vergangene Woche zu entnehmen, dass Ende Mai 2025 ca. 4 Mrd. Euro zusätzliche Erbschaftsteuer an Bayern überwiesen wurde, was auch nach Länderfinanzausgleich die Haushaltslage in Bayern deutlich verbessert hat.

Zu erwartende Einnahmeausfälle durch Steuersenkungen auf Bundesebene werden zur Hälfte durch den Bund ausgeglichen.

Zusätzlich wird der Bund einen Transformationsfonds für Krankenhäuser auflegen, von dem auch Bayern profitieren wird.

Dazu kommen ab dem kommenden Jahr die Bundesmittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und zusätzliche Bundesmittel für den Länderfinanzausgleich, wovon Bayern rund 200 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stehen.

Die Haushaltslage ist demnach schon in diesem und auch in den kommenden Jahren deutlich besser als noch vor wenigen Wochen angenommen und wesentlich besser als auf kommunaler Ebene. Es ist daher mehr als angemessen, die kommunale Ebene in ihrer defizitären Lage zu unterstützen, jetzt und nicht erst im kommenden Jahr.

Bayern muss den Kommunen jetzt schnell und effizient helfen. Der geringste Beitrag dazu wäre die pünktliche Vorlage des Entwurfs des Doppelhaushalts 2026/2027. Da die Staatsregierung dazu nicht bereit ist, ist ein zweiter Nachtragshaushalt noch für dieses Jahr unumgänglich – für die Kommunen mit ihrem Investitionsbedarf, für Schulen, Kinderbetreuung, Infrastruktur für Energie und Verkehr, soziale Infrastruktur.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/7289

Kommunen endlich unterstützen – zusätzliche Milliarden weitergeben – Nachtragshaushalt jetzt

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Claudia Köhler

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Patrick Grossmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Felix Freiherr von Zobel

Staatssekretär Martin Schöffel

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen endlich unterstützen - zusätzliche Milliarden weitergeben - Nachtragshaushalt jetzt (Drs. 19/7289)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
Kommunalmilliarde ist Heimatmilliarde! (Drs. 19/7296)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Frau Kollegin Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayerns Kommunen kämpfen mit historischen Defiziten. Gestern erreichte uns alle schwarz auf weiß, was wir schon befürchtet hatten: Die Ausgaben von Städten, Kreisen und Gemeinden im Freistaat stiegen nach den Berechnungen der bundeseigenen Förderbank KfW um 9,2 %, fast doppelt so schnell wie die Einnahmen; sie sind nur um 5 % gestiegen. Das Defizit pro Einwohner in Bayern liegt deutlich schlechter als im Bundesschnitt bei 396 Euro. Ein trauriger Rekord.

Noch viel schlimmer ist aber, dass die Bayerische Staatsregierung zuschaut, obwohl sie auf einer milliardenschweren Rücklage sitzt. Das ist nicht verantwortungsvoll, sondern das ist eiskalte Ignoranz gegenüber unseren Städten und Gemeinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe das schon letzte Woche an dieser Stelle gesagt. Der Städtetag hat noch mehrere Hilferufe abgesetzt, passiert ist aber nichts, außer dass bekannt wurde, dass

die Rücklage noch höher ausfallen wird, weil aus einer Erbschaftsteuer unerwartete vier Milliarden Euro überwiesen wurden.

Zum Vergleich: Nur im ersten Quartal 2025 belief sich das kommunale Gesamtdefizit in Bayern ebenfalls auf vier Milliarden Euro – ein wirklich dramatischer Höchststand –, und diese Staatsregierung schaut zu, obwohl das Geld da wäre: zehn Milliarden Euro aus der Rücklage plus ein positives Ergebnis 2024 plus vier Milliarden Euro zusätzliche Erbschaftsteuer plus die Bundesmilliarden aus dem Sondervermögen. Wer das weiterhin aussitzt und Bayerns Kommunen hängen lässt, handelt fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass diese Staatsregierung in dieser Lage

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Diese Staatsregierung hat Rücklagen!)

dann noch nicht einmal rechtzeitig einen Entwurf für den nächsten Doppelhaushalt vorlegen will, um wenigstens Planungssicherheit für die Kommunen zu ermöglichen, ist ein Armutszeugnis. Das Geld kann nicht, es darf nicht in der Rücklage bleiben, bis Sie es wieder einmal für konsumtive Wahlkampfgeschenke verbrauchen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Um Gottes willen!)

So kann es nicht weitergehen. Deswegen fordern wir heute per Dringlichkeitsantrag einen zweiten Nachtragshaushalt 2025, um den Kommunen sofort zu helfen und etwas von den zusätzlichen Milliarden weiterzugeben.

Die Kommunen haben nämlich kaum Einsparmöglichkeiten. Ganz im Gegenteil, sie bekommen immer noch mehr Aufgaben dazu. Weil hier in Bayern nicht gehandelt wird, schließen Schwimmbäder, schwitzen Schüler in längst sanierungsbedürftigen Schulen bei dieser Hitze, fehlen Wohnungen, müssen Wärmenetze warten und fahren Busse nicht mehr. Die Bezirke in Bayern können ihre Pflichtaufgaben für die Jugend, für die Kultur, für die Menschen mit Behinderungen schon lange nicht mehr erfüllen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn alle diese notwendigen Investitionen ausbleiben, leidet das ganze Gemeinwesen, und es leidet das Vertrauen in die Kraft guter Politik. Das wird den Ehrenamtlichen im Gemeinderat angelastet, dem Kreistag, dem Bezirk, den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen vor Ort. Ihnen wird angelastet, wenn die Dinge nicht mehr zu stemmen sind, wenn die Haushalte nicht mehr auszugleichen sind und unter Kommunalaufsicht gestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen vor äußerst wichtigen Kommunalwahlen. Es liegt an Ihnen, CSU und FREIEN WÄHLERN, zu verhindern, dass es noch mehr Demokratiefeinde landauf und landab in unsere Kommunalparlamente schaffen. Es liegt an Ihnen, Kommunen zur Seite zu springen und schleunigst das Vertrauen vor Ort zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Martin Behringer (FREIE WÄHLER))

Sehen Sie endlich die Not der Kommunen! Geben Sie zu, dass Sie schon viel zu lange gewartet haben! Lösen Sie die Probleme! Geben Sie den Kommunen die zusätzlichen Milliarden aus der höheren Rücklage weiter!

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): So ein Quatsch!)

Die Staatsregierung ist immer stolz auf ihren schuldenfreien Haushalt, auf ihr Triple A. Das ist aber bitter erkaufte, weil Sie die Kommunen die Schulden machen lassen. Der Herr Söder hat immer gute Ideen für die anderen, auch heute wieder. Aber er muss jetzt auch selber mal handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Leider können wir heute dem grünen Antrag nicht zustimmen.

(Zurufe: Oh! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ein Realist!)

Das hat zwei Gründe: Einmal glauben wir nicht, dass wir mit einem Nachtrags-Nachtragshaushalt, auch wenn er notwendig wäre, heuer noch etwas erreichen werden, weil wir einfach vom Verfahren her nicht weiterkommen oder nicht so weit kommen, wie wir wollen.

Zum Zweiten haben wir mit unserem nachträglichen Dringlichkeitsantrag einen anderen Akzent gesetzt. Die GRÜNEN möchten mit diesem Nachtragshaushalt gern laufende Ausgaben und Investitionen bei den Kommunen finanzieren. Wir hätten gern nur die Finanzierung von Investitionen, um – das muss man an der Stelle einfach sagen – den Kommunen klarzumachen, dass wir bei den laufenden Ausgaben mit dem vorhandenen Geld zurechtkommen müssen. Das muss man einfach sagen. Wir werden es aber nicht schaffen. Das werden wir dann bei den Haushaltsberatungen sehen. Das wird für uns nicht einfach werden. Aber die Kommunen pfeifen auf dem letzten Loch. Das muss man einfach einmal sagen.

(Zuruf von der AfD: Warum denn? – Gegenruf von der SPD: Wegen der Staatsregierung!)

Die Hilferufe kommen immer stärker.

Wir wollen, dass den Kommunen sofort geholfen wird. Das kann man tun, indem der Freistaat Bayern seine Schulden bei den Kommunen bezahlt, wie wir schon mehrfach gesagt haben, vor allem bei den RZWas, also der Wasser- und Abwasserseite, und der Städtebauförderung.

Jetzt kommen immer mehr Hilferufe aus dem Bereich Kita. Dort wird gesagt: Uns ist das Geld versprochen worden. Ein Beispiel: Eine Bürgermeisterin hat gesagt, ihr seien für heuer 400.000 Euro in Aussicht gestellt worden; jetzt bekommt sie 100.000 Euro.

Das sind Summen, bei denen eine kleine Gemeinde schon mal in die Knie geht. Die halten das Geld zusammen. Das sind keine Gemeinden, die das Geld einfach ausgeben. Deswegen wäre es wichtig, dass man die Möglichkeiten der Sofortauszahlung – ich habe hier den Begriff der ministeriellen Sofortauszahlung geprägt – prüft und wohlwollend ausführt.

Wir freuen uns, dass diese Erbschaftsfantasien der FREIEN WÄHLER heute endgültig begraben worden sind. Wir hätten auf vier Milliarden Euro verzichtet. Mit vier Milliarden Euro können die Kommunen sehr viel anfangen. Mir soll jetzt keiner mehr sagen, dass das Geld nicht da wäre bei den Firmen – nach Prüfung. Es ist ja nicht so, dass hier einfach gesagt wird: Ihr müsst jetzt vier Milliarden Euro zahlen. – Nein, man hat verhandelt, hart verhandelt. Dann hat man sich geeinigt. Jetzt zahlen, ganz böse, diese Erben, freiwillig vier Milliarden Euro. Da kann man nur eines sagen: Respekt! Da freuen wir uns darüber.

(Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Nein! Das ist nicht freiwillig!)

Endlich Schluss damit, dass die Erbschaftsteuer abgeschafft werden soll! Das ist nämlich der Schlüssel für die Kommunen – das muss man an dieser Stelle mal ganz klar sagen –, ohne dass es uns oder irgendjemand wehtut.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Scheuenstuhl. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Patrick Grossmann das Wort.

Patrick Grossmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Kommunen erleben derzeit wirklich große finanzielle Probleme, im Übrigen nicht nur die Kommunen, sondern auch andere Ebenen: der Freistaat, die Länder, vor allem der Bund.

Aber ich frage mich: Seit wann ist das eigentlich so, liebe Fraktion der GRÜNEN? – Aus meiner eigenen Erfahrung als Bürgermeister kann ich sagen, dass die baye-

rischen Kommunen bis zum Jahr 2022 über zehn Jahre lang Überschüsse erwirtschaftet haben. Also: Seit der Zeit der Ampelkoalition geht es bergab.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Was fällt Ihnen dazu ein? – Sie stellen seitdem immer neue Anträge: mehr Geld für die Kommunen. – Ich würde mich freuen, wenn mal andere Vorschläge kämen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wie können wir denn die Ausgaben der Kommunen reduzieren? Das wären Anträge, bei denen wir vielleicht sogar mal zustimmen könnten, liebe Fraktion der GRÜNEN.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Macht es doch!)

Aber jetzt wittern Sie auf der einen Seite wieder eine einmalige Einnahme aus einer Erbschaftsteuer, bei der noch gar nicht klar ist, wie viel von dem Geld überhaupt beim Freistaat verbleibt. Auf der anderen Seite haben wir alleine im Haushaltsjahr 2025 ein strukturelles Defizit von 4,4 Milliarden Euro. Gott sei Dank haben wir diese Rücklagen zum Ausgleich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie fordern die Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs für die Schlüsselmasse. Dabei haben wir alleine in diesem Jahr die Verbundmasse um 600 Millionen Euro erhöht, die Schlüsselzuweisungen um 10 % erhöht, ohne dass die Steuereinnahmen in gleicher Weise mitsteigen würden.

Sie fordern die Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs für Kinderbetreuungsplätze und Schulsanierungen. Dabei haben wir im Doppelhaushalt draufgelegt: 70 Millionen Euro mehr pro Jahr, 1,07 Milliarden Euro.

Die Große Koalition hat den Rechtsanspruch auf Ganztagsplätze an den Grundschulen eingeführt. Was hat die Ampelkoalition gemacht? – Sie hat Mittel, die dafür vorgesehen waren, wieder gestrichen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie fordern mehr Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen. Was haben wir da im Nachtragshaushalt gemacht? – 50 Millionen Euro mehr per Verpflichtungsermächtigung, somit insgesamt 150 Millionen Euro. Sie fordern mehr für die Bezirke. Was haben wir dieses Jahr gemacht? – 120 Millionen Euro mehr für die Bezirke, insgesamt 836 Millionen Euro.

Klimafonds und alles haben Sie zusammengestrichen in Ihrer Zeit in der Ampelkoalition, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

Aber tatsächlich muss doch die Aufgaben- und Ausgabenlast für unsere Kommunen und insbesondere für die Bezirke reduziert werden. Gerade die GRÜNEN haben die Ausgaben durch komplexe Leistungsanforderungen im Sozialgesetzbuch, im Bundesteilhabegesetz in die Höhe getrieben.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört! – Toni Schuberl (GRÜNE): Ihr regiert doch!)

Nehmen wir als Beispiel mal die Schulbegleitungen: Wir brauchen Pool-Lösungen statt stupide Eins-zu-eins-Begleitungen, Rechtssicherheit, damit wir von den Kosten runterkommen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es kann doch nicht sein, dass in einer Klasse drei oder vier Schulbegleiter für je ein Kind tätig sind. Die Kosten für einzelne Begleitungen von Kindern und Jugendlichen

betragen mittlerweile bis zu 500 Millionen Euro im Jahr. Das geht zulasten der Allgemeinheit, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Zum Wohle der Kinder! Das muss man auch mal sagen!)

Die schwarz-rote Bundesregierung hat sich Gott sei Dank zum Ziel gesetzt, diese überbordenden Regelungen wieder abzubauen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Da sind wir gespannt!)

Außerdem – da komme ich zum Nachzieher der SPD – sorgt die neue Bundesregierung wieder für mehr Vertrauen. Ausfälle durch notwendige Steuererleichterungen für Unternehmen werden unseren Kommunen vollständig ausgeglichen. Da merkt man gleich einmal den Unterschied zwischen der abgewählten Ampelkoalition und der neuen schwarz-roten Koalition, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Der Bund übernimmt zudem für das Land und auch für die Kommunen die kompletten Zinsen sowie die Tilgung für dieses Sondervermögen. Jetzt müssen diese vom Bund ausgegebenen Kredite zur Verbesserung unserer Infrastruktur fair verteilt werden. Dazu laufen bereits Gespräche zwischen der Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden. Meiner Meinung nach ist jede Milliarde, die der Freistaat in Bayern ausgibt, eine Heimatmilliarde, liebe Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der CSU)

Fazit: Innerhalb von nur 50 Tagen hat die neue Bundesregierung einen neuen Haushalt vorgelegt – ohne Streit, mit klaren Signalen an die Kommunen, an die Länder.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Die Bayerische Staatsregierung kann nun handeln, das macht sie vordringlich. Aber Ihren als Papiertiger getarnten Dringlichkeitsantrag lehnen wir selbstverständlich ab. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Von Frau Kollegin Claudia Köhler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor.

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Kollege Grossmann, bemerkenswert, dass Sie einen Nachtragshaushalt als Papiertiger bezeichnen.

Patrick Grossmann (CSU): Nein, Ihren Dringlichkeitsantrag!

Claudia Köhler (GRÜNE): Meine Frage wäre aber: Sie haben vorgeschlagen, als Erstes bei den Kindern mit Behinderungen zu sparen. Heuer fehlen 300 Förderschulplätze, und Kinder mit diagnostiziertem Förderbedarf müssen in die Regelschule oder ein Jahr zurückgestellt werden und zu Hause bleiben. Ist Ihnen angesichts dessen Ihr Vorschlag nicht selber peinlich?

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Huber (CSU): Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Patrick Grossmann (CSU): Ich habe davon gesprochen: Wir haben mittlerweile Situationen, dass wir in einer Klasse teilweise drei oder vier Schulbegleiter für Kinder, die Betreuung brauchen, haben und ein Verhältnis von eins zu eins besteht. Das sind unnötige Kosten. Dafür brauchen wir rechtssichere Pool-Lösungen. Mit dem Investitionsbooster werden wir auch wieder für mehr staatlichen Schulbau, auch von Förderschulen, sorgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Grossmann. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute war so ein schöner Tag, und dann muss man sich hier zwischen Pest und Cholera und welcher eigentlich der schlimmere Dringlichkeitsantrag ist entscheiden. In beiden Fällen ist es ein haushaltspolitisches Desaster.

Meine Damen und Herren, fangen wir vielleicht einmal bei den GRÜNEN an. Wir haben den Monat Juli. Demnächst haben wir die Sommerpause. Jetzt, genau drei Monate nachdem wir den Haushalt verabschiedet haben, fällt den GRÜNEN ein, wir brauchen noch einmal einen Nachtragshaushalt, weil wir endlich die Kommunen unterstützen müssen.

Ja, es ist richtig, die Kommunen brauchen mehr Geld; da gebe ich Ihnen noch vollkommen recht. Aber seien wir jetzt einmal realistisch: Um einen neuen Nachtragshaushalt aufzustellen, bräuchte die Regierung erst einmal ein bisschen Zeit. Nehmen wir einmal die Zeit über die Sommerferien, dann hätten wir im Oktober die Erste Lesung. Dann ginge es in den Ausschuss, dann wieder zurück ins Plenum, und dann hätten wir Ende Oktober. Dann würde es, weil Sie damit durchkämen, auch noch rechtskräftig. Dann hätten wir in diesem Jahr noch zwei Monate, in denen die Kommunen dann anfangen würden, ihre Haushalte entsprechend dem, was sie mehr bekämen, anzupassen.

Für wie realistisch halten Sie dieses Vorgehen? – Ich finde es grauenhaft, meine Damen und Herren. Das schafft doch nur Arbeit. Wir brauchen in diesem Herbst einen Vorschlag für den Haushalt 2026/2027, um dann für das neue Jahr rechtzeitig auf das reagieren zu können, was sich hier in den letzten Monaten so ergeben hat. Das ist das einzig saubere und das einzig richtige Vorgehen in dieser Frage.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben hier massig Punkte aufgeschrieben, was man alles machen könnte, bleiben aber komplett unspezifisch: Kinderbetreuungsplätze – was für Kinderbetreuungsplätze? Für den Kinderhort, für den Kindergarten, für die Kita?

Meine Damen und Herren, ganz nebenbei, wir haben eigentlich das Konnexitätsprinzip. Das Problem in den Kommunen ist eigentlich dadurch entstanden, dass Berlin diesen Ganztagesanspruch vorgeschlagen hat, aber nicht dafür bezahlen will. Insofern erwarten wir hier eigentlich, dass Geld aus Berlin kommt, anstatt dass wir die Kommunen aus unseren Kassen besser ausstatten. Wenn es aber natürlich um Kindergarten etc. geht, dann müssten wir schon einmal selber tief in die Tasche greifen. Sie sagen uns aber nicht, was Sie eigentlich wollen.

Das Gleiche gilt für die Schulsanierungen. Natürlich dürfen bei Ihnen Klimaschutz und Klimaanpassung nie fehlen. Und ganz witzig in diesen Tagen: die Sanierung kommunaler Schwimmbäder. – Meine Damen und Herren, nett, wenn Sie die Schwimmbäder, die es noch gibt, sanieren wollen. Viel, viel wichtiger wäre es dieser Tage, Geld für Security im kommunalen Bad bereitzustellen, damit da nichts passiert. Schauen Sie sich einfach die Medienmeldungen an, wie sich unsere Gäste da aufführen.

Dann haben wir den Dringlichkeitsantrag der SPD "Kommunalmilliarde ist Heimatmilliarde!" – Ja, sehr schön. Um was geht es hier eigentlich? – Es geht wieder um Schulden, Schulden, Schulden. Sie schreiben von investiven Sondervermögen.

Liebe SPD, es sind keine Vermögen. Vermögen heißt, dass ich irgendetwas habe. Was Sie hier wollen, ist Geld verteilen,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

das uns noch nicht einmal gehört. Dabei ist die Frage offen, wer diese Schulden später zurückzahlt. Sind es die Kommunen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Wer zahlt die Schulden der Kommunen? Die Kommunen haben doch Schulden!)

Sind es die Länder? Ist es der Bund? – Nein, meine Damen und Herren, es sind die Steuerzahler, und es ist völlig wurscht, wer das Geld rauspfeffert.

Es ist vollkommen falsch, hier weiter Schulden zu machen. Sie sind bei der Haushaltspolitik auf dem absteigenden Ast. Sie machen hier alles verkehrt, was man in dieser Situation verkehrt machen kann.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Frechheit, den Kommunen so in den Rücken zu fallen!)

Ganz offen und ehrlich: Dass die Kommunen in dieser Schuldenlage sind, das haben Sie in Berlin mitzuverantworten. Sie treiben jetzt die Schulden voran. Das ist komplett an der Lebensrealität vorbei.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie lassen die Gemeinden im Stich! Sie lassen die Kommunen ganz einfach im Stich!)

Das sind Buchhaltertricks, das Ganze von Berlin auf die Kommunen zu verschieben – und von den Kommunen wieder aufs Land zurück. Auf diese Tricks fallen wir nicht herein. Wir lehnen Ihren Dringlichkeitsantrag ganz entschieden ab.

(Beifall bei der AfD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Nur Geschwätz, kein Vorschlag!
– Volkmar Halbleib (SPD): Ihr lasst sie im Stich und redet gescheit daher!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Felix Freiherr von Zobel für die FREIEN WÄHLER.

(Anna Rasehorn (SPD): Felix, wir erwarten jetzt Großes!)

Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Köhler, lieber Herr Scheuenstuhl! Nachdem es unser

Good Cop Kollege Bernhard Pohl nun schon häufiger versucht hat, entsendet die FREIE-WÄHLER-Fraktion jetzt Bad Cop Felix Zobel, und ich darf es Ihnen auch noch einmal sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich sehe es umgekehrt, lieber Felix! – Heiterkeit)

– Man könnte es auch umgekehrt sehen, aber Bernhard ist nicht da, und deswegen sage ich das jetzt einmal so herum.

Der Dringlichkeitsantrag ist auch schon fast eine feste Routine. Die Opposition bringt regelmäßig Anträge ein, in denen zusätzliche Milliarden für alles Mögliche gefordert werden.

Das ist sicherlich gut gemeint, aber wie wir alle wissen, ist das Gegenteil von gut ganz, ganz selten schlecht, sondern meistens gut gemeint. Auch dieser Antrag ist da keine Ausnahme, auch wenn das Ziel, die kommunale Familie zu unterstützen, sicherlich sehr heroisch und auch wirklich ein gutes Ziel ist.

Ja, unsere Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Ja, selbstverständlich nehmen wir ihre Sorgen auch ernst. Aber was die GRÜNEN und die SPD heute fordern, ist weder neu noch besonders originell.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Anna Rasehorn (SPD): Ihr Dringlichkeitsantrag auch nicht! – Volkmar Halbleib (SPD): Lieber Gerüche und Glocken zum Thema machen! Ist eine gute Alternative! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Güllegerüche!)

Deshalb eine sachliche Einordnung: Die Staatsregierung hat in den vergangenen Jahren mit einem kommunalen Finanzausgleich in Rekordhöhe, der 2025 knapp 12 Milliarden Euro beträgt, wiederholt bewiesen, dass sie ein verlässlicher Partner der Kommunen ist. Die Staatsregierung fördert gezielt dort, wo Hilfe nötig ist: beim Bau von Kindertagesstätten, bei der Sanierung von Schulen, bei der Digitalisierung, bei den Stabilisierungshilfen für strukturschwache Kommunen. Die Staatsregierung, die

Regierungsfraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN, stehen zu den bayerischen Kommunen in der Fläche – und nicht nur in Pressemitteilungen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zumindest der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN verlangt einen zweiten Nachtragshaushalt unter dem Jahr, obwohl der reguläre Nachtragshaushalt 2025 erst wenige Wochen läuft. Das ist nicht nur unnötig; es wäre auch ein Verstoß gegen jede haushaltspolitische Vernunft. Ein Nachtragshaushalt ist kein Wunschzettel, er ist ein Instrument für außergewöhnliche, unvorhersehbare Entwicklungen, nicht für politisches Wunschdenken.

Das Gefährliche ist: Der Dringlichkeitsantrag suggeriert, dass es Rücklagen und Steuermehreinnahmen im Überfluss gebe, die einfach verteilt werden könnten. Aber so einfach ist es eben leider nicht. Geld, das wir heute ausgeben, fehlt uns morgen – für die Krankenhäuser, für die Versorgung im ländlichen Raum, für die Kommunen, für die Transformation der Wirtschaft, für Sicherheit und Bildung.

Es ist schon bemerkenswert, dass die GRÜNEN den Freistaat kritisieren, während ihre eigene Partei für eine Finanzpolitik verantwortlich ist, die die Kommunen eher versenkt als beflügelt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Ich nenne nur einige wenige Beispiele; sie kommen nicht alle direkt von den GRÜNEN, aber durch Regierungsverantwortung dann vielleicht doch: die schon angesprochene massive Kürzung bei Förderprogrammen, Verzögerung beim Digitalpakt Schule oder das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Quatsch!)

Letzteres wirft mehr Fragen auf, als es Antworten gibt. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, darum soll es heute gar nicht gehen; denn wer ein Wort mit über 40 Buchstaben kreiert, der will nicht sparen, weder bei Buchstaben noch bei finanziellen Mitteln.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Es ist schon erstaunlich, dass die bayerischen GRÜNEN die neue – Kollege Grossmann hat es gesagt: die neue, nicht die alte – Bundesregierung loben. Das ist sicherlich erfreulich, aber eben auch erstaunlich. Die Bundesgrünen sind anderer Meinung als Sie. Vielleicht tauschen Sie sich einmal aus und senden dann auf der gleichen Frequenz.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wie sieht es in Ihrem Lieblingsbundesland aus? Das heißt Baden-Württemberg, und der Ministerpräsident heißt Kretschmann. Was sagt er eigentlich zu der Situation? – Ziemlich wenig. Er sagt einfach nur: Der Ball liegt beim Bund. Er will erstmal keinen Nachtragshaushalt in Baden-Württemberg. Wahrscheinlich ist er ein kluger Mann. Frau Köhler, ich persönlich würde ihn trotzdem ergänzen und hinzufügen, dass der Ball nicht nur beim Bund liegt, sondern dass der Ball selbstverständlich beim Bund und den Ländern liegt; aber der Freistaat ist seinen Verpflichtungen nachgekommen.

Meine Damen und Herren, bei aller Polemik, unsere Kommunen brauchen kluge Investitionen und keine reflexhaften, bumerangartigen Forderungen. Die Kommunen brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit, keine hektisch aufgestellten Nachtragshaushalte.

(Widerspruch des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Und wir, Herr Staatssekretär Schöffel, brauchen ganz dringend eine ehrliche Debatte mit den GRÜNEN über die Grenzen staatlicher Leistungsfähigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Ganze erfolgt in Zeiten von Inflation, geopolitischer Unsicherheit und solchen Oppositionsanträgen. Deshalb – ich möchte den Spannungsbogen nicht weiter aufbauen – lehnen wir diesen Antrag ab.

(Unruhe)

Wir lehnen nicht ab, weil uns die Kommunen egal sind, sondern weil wir verantwortungsvoll mit dem umgehen wollen, was wir haben. Vielen Dank. – Schade, dass ich keine Zwischenfrage bekommen habe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Felix Freiherr von Zobel. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Martin Schöffel das Wort.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie in jeder Woche gibt es eine aktuelle Debatte zu den Kommunalfinanzen. Wir halten es für richtig und wichtig; denn so können wir darstellen, dass der Freistaat Bayern im Rahmen seiner Möglichkeiten alles unternimmt, um die Kommunen in Bayern bestmöglich zu unterstützen. Es gibt kein anderes Bundesland, das mehr für seine Kommunen tut. Im Vergleich zu den Flächenländern West sind unsere Kommunen gering verschuldet und hatten mit über 23 % im letzten Jahr die höchste Investitionsquote.

Wenn immer wieder diskutiert wird, könnte ich heute auch wieder abfragen – der Minister hat es in der letzten Woche getan –: Herr Kollege Halbleib, wissen Sie, wie viele Milliarden die bayerischen Kommunen jedes Jahr investieren?

(Volkmar Halbleib (SPD): 14 Milliarden Euro im letzten Jahr!)

– Es waren im letzten Jahr über 14 Milliarden Euro. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will das an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen: Wir arbeiten mit Hochdruck an weiteren Verbesserungen.

Erstens. Wir arbeiten am kommunalen Finanzausgleich 2026, der im Herbst dieses Jahres mit den Kommunen zu verhandeln ist. Regelmäßige Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden haben bereits begonnen, und es ist wichtig, die vielen Herausforderungen zu bündeln und am Ende die Gelder möglichst einvernehmlich einzusetzen, damit diese für die bayerischen Kommunen gut angelegt sind.

Zweitens. Wir arbeiten im Bund-Länder-Kreis an der Frage, wie die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Kommunen und Länder eingesetzt werden können. Der Gesetzentwurf enthält bereits wesentliche Verbesserungen, für die wir uns eingesetzt haben. Das Gesetz wird erst im Oktober abschließend im Deutschen Bundestag und im Bundesrat behandelt. Das ist ein wesentlicher Schritt, damit weitere Investitionen bei den Kommunen getätigt werden können.

Drittens. Wir müssen den nächsten Doppelhaushalt 2026/2027 vorbereiten. Das fordern Sie auch immer wieder ein. Das ist wichtig, damit in unserem Land und bei den Kommunen weiterhin Stabilität herrscht.

Dass die GRÜNEN die großen Kommunalfreunde sind, wäre etwas ganz Neues. Ich nenne nur die enormen Kosten für Asyl, die der Freistaat Bayern den Kommunen ersetzt. Ich nenne zudem die Vernachlässigungen der Ampel: die Kosten der Eingliederungshilfe oder die Betriebskostendefizite der Krankenhäuser. Mit dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sind wesentliche Verbesserungen auf den Weg gebracht. Die GRÜNEN können nicht für sich in Anspruch nehmen, dass sie in den letzten Jahren in Berlin eine kommunalfreundliche Politik unterstützt hätten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme noch zum Thema der Rücklage: Es ist nicht so, dass wir in diesem Jahr im Haushalt keine Entnahme aus der Rücklage eingeplant hätten. Es ist nicht eine Milliarde, es sind nicht zwei Milliarden, es sind nicht drei Milliarden, sondern es sind 4,4 Milliarden, die wir aus Rücklagen in diesem Haushaltsjahr eingeplant haben. Wir müssen alles daransetzen, dass die Rücklage geschont wird; aber wir können die Steigerung im kommunalen Finanzausgleich, die in diesem Jahr erfolgt ist – das hat Kollege Patrick Grossmann erläutert –, nur vornehmen, weil wir diese Möglichkeiten mit der Rücklage haben.

Wenn Sie sich das strukturelle Defizit, das in der Finanzplanung für den nächsten Doppelhaushalt besteht, ansehen, dann stellen Sie fest, dass es gut ist, dass wir eine Rücklage haben, um auch im nächsten Jahr Stabilität für die Kommunen und für die Aufgaben des Freistaates verkünden zu können.

Vor diesem Hintergrund denke ich, dass es gut ist, wenn wir diesen konstruktiven Kurs mit den bayerischen Kommunen weiter voranbringen. Das Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich ist auf den 30. Oktober terminiert. Bis dahin wird alles gebündelt und besprochen. Wir werden alles daransetzen, dass auch im nächsten und übernächsten Jahr die Kommunen vom Freistaat Bayern bestmöglich unterstützt werden können. Wir stehen eng an der Seite unserer Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich 2025 war ein enormer finanzieller Kraftakt und ist gleichzeitig ein starkes Signal des Zusammenhalts für die kommunale Familie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden auch in Zukunft ein verlässlicher Partner der Kommunen bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Claudia Köhler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Sie versuchen immer, alles rhetorisch zu erklären: Wir sind ein verlässlicher Partner der Kommunen. Wir werden die große Stabilität weiterführen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Stimmt ja auch!)

Die Zahlen sprechen eine ganz andere Sprache: Allein im ersten Quartal haben die Kommunen ein Defizit von 4 Milliarden Euro zu verbuchen. Die Tendenz war die ganze Zeit steigend. Von schönen Worten können sich die Kommunen nichts kaufen.

Unser Antrag auf einen zweiten Nachtragshaushalt kommt daher, dass Sie, wie Sie gerade bestätigt haben, erst sehr spät einen Haushaltsentwurf vorlegen wollen. Die Gespräche sollen Ende Oktober stattfinden. Sie haben gesagt, bevor Sie den Entwurf vorlegen, warten Sie auf die Novembersteuerschätzung. Das ist alles andere als Planungssicherheit. Alle Kommunen müssen innerhalb von vier Wochen versuchen, einen Haushaltsplan aufzustellen, weil sie hinten dranhängen. Das ist keine Stabilität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Liebe Kollegin Köhler, wenn Sie alle Finanzierungsdefizite zusammennehmen, ist Ihr Vortrag nicht seriös. Ich habe Ihnen gesagt, wir haben eine extrem hohe Investitionstätigkeit bei den Kommunen. Diese ist so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Unsere Kommunen investieren nämlich 14,1 Milliarden oder 23,1 %. Mit einer Investitionsquote von beispielsweise 15,5 %, was der Durchschnitt in den anderen westlichen Bundesländern ist – zum Teil liegt sie wie in Nordrhein-Westfalen mit 12,3 % sogar noch deutlich darunter –, hätten unsere Kommunen ein um 75 % niedrigeres Finanzierungsdefizit, bei 12,3 % sogar einen Finanzierungsüberschuss.

Wir können froh sein, dass unsere Kommunen die Möglichkeit haben, stark zu investieren. Trotzdem haben wir mit extremen Kostensteigerungen zu kämpfen, die sich auf den Verwaltungshaushalt niederschlagen. Deswegen gilt es, gerade im Deutschen

Bundestag für Asyl, für Ganztagsbetreuung, für Eingliederungshilfe, für die Krankenhäuser Lösungen zu finden. Wir können nicht jedes Problem mit noch mehr Geld lösen, wenn gleichzeitig die Einnahmen stagnieren.

Die GRÜNEN haben dazu beigetragen, dass die Wirtschaft in Deutschland lahm, die Einnahmen nicht steigen und die Kommunen am Ende mehr Aufgaben bekommen haben, die der Bund ihnen zugewiesen hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden all diese Probleme angehen, damit wir in der Zukunft starke Kommunen für einen starken Freistaat Bayern haben.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatssekretär, vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden hierzu wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/7289 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/7296 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der SPD abgelehnt.